

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftleitung, u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 18. Auf 14 074 u. 21 295.  
Postfach-Ronto Dresden 2486 / Staatsbank-Ronto 674.



Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.  
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellensuche.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Beziehungliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Dr. Fritz Klauder in Dresden.

Nr. 73

Dresden, Dienstag, 29. März

1932

## Der Schutz Ostpreußens.

Königsberg, 28. März.  
In einem Artikel „Das Reich hält zu Ostpreußen“, den Reichsminister Groener in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht hat, verdient folgende Stelle besondere Erwähnung, die sich mit dem Schutz Ostpreußens beschäftigt. Nachdem der Minister darauf hingewiesen hat, daß die Abwehrkraft Ostpreußens für jeden Angreifer ein hartes Risiko des Mißerfolges bedeute, fährt er fort:

„Denn darüber soll Klarheit herrschen: ein feindlicher Einbruch in Ostpreußen, unter welchem Vorwand er auch erfolgen mag, heißt nicht nur auf Ostpreußen, sondern auf den gesamten Osten, und dieser Widerstand beschränkt sich nicht auf den Osten, sondern er wird getragen sein von der ganzen moralischen und materiellen Kraft des deutschen Volkes, das in dieser Lebensfrage der Nation über alle Parteigrenzen hinweg einig zusammenhält. Das ist auch der Sinn der Erklärung des Herrn Reichspräsidenten, die er vor Monatsfrist an den Provinziallandtag gegeben hat.“

## „Avenir“ zur Lage im Memelgebiet.

Warschau, 28. März.  
„Avenir“ nimmt heute erneut zum Memelkonflikt Stellung und schreibt: Litauen macht sich über den Völkerverbund und die Großmächte lustig. Bei der letzten Völkerverbundstagung, so fährt das Blatt fort, habe Janinus die Versicherung gegeben, daß sein Land keine Neuwohnen unter dem Belagerungszustand auslösen werde. Jetzt lasse Janinus durch die ihm ergebenen Blätter anfindigen, daß dieser Teil seiner Versprechungen vielleicht nicht gehalten werden würde. Man spreche auch von einer möglichen Änderung des Wahlgesehes, um den schädlichen Einfluß der politischen Parteien auszuschalten. Alles das verspreche nichts Gutes. Die bestehenden Verträge gäben den Mächten über die Möglichkeit, auf diese Weise heranzukommen. Die beiden miteinander lebenden Mächten müßten die gleichen Rechte haben. Die Methode der zwangsweisen Lituanisierung dürfe den deutschen Revisionisten keine Argumente liefern. Ob Weichsel oder Neman, so schließt das Blatt, die Memeldeutschen dürfen nicht von einer Macht schikaniert werden, die das Gebiet nur gegen präzise Verpflichtungen erhalten habe.

## Verfälschung in der Reparationsfrage.

Brno, 29. März.  
In der „Königschen Zeitung“ wird unter der Überschrift „Verfälschung in der Reparationsfrage“ u. a. aufgeführt: Die Reden Tardieu und Flandin im Senat sind geeignet, in Frankreich und auch in anderen Ländern falsche Erwartungen über die deutsche Reparationsfähigkeit zu erzeugen oder doch zu festigen. Wenn immer wieder von Vertretern der Gläubigerländer in mehr oder minder halbamtlicher Form Andeutungen über Abschlagzahlungen gemacht werden, die Deutschland von einem gewissen Zeitpunkt an vornehmen, aber auf der Juni-Konferenz schon zulegen müßte, so beweist das, wie wenig maßgebende ausländische Kreise in den Geist der Frage eingedrungen sind. Noch unverständlicher ist es, wenn einzelne hochgestellte deutsche Private — allerdings ohne jede Anlehnung an amtliche Stellen — sich an der technischen Bearbeitung solcher Pläne beteiligen und dadurch den Anschein erwecken, als könne Deutschland die materielle und seelische Belastung neuer Zahlungsversprechungen ertragen, ohne in seinem Kampf gegen die sich steigende Not entscheidend gehemmt zu werden. Meldungen aus dem Ausland lassen vermuten, als plane man im französischen Kabinett eine Verquickung der wirtschaftlichen Donaupläne mit der auf der Lausanner Konferenz zu treffenden Reparationsentscheidung. Es kann für die Vereinigung der Reparationsfrage nicht von Vorteil sein, wenn ungerechtfertigte Hoffnungen erweckt und Leidenschaften erregt werden. Es wäre nicht loyal von Seiten der französischen Regierung, wenn sie zwar den Bericht Deutschlands auf eine Hervorhebung der Reparationspolitik bei den deutschen Wahlen hinwähme, dann aber vor den Wahlen im eigenen Lande

## Biermächtekonferenz zur Besprechung der Donauforderungen.

Englische Einladung an Deutschland und Italien.

London, 28. März.  
Wie erst jetzt bekannt wird, sind gleichzeitig mit der Einladung Macdonalds an Tardieu zu einer Besprechung über die Donauforderungen an den deutschen und italienischen Außenminister ergangen, deren Antworten bis jetzt jedoch noch nicht vorliegen. Die Konferenz soll Anfang April stattfinden und wird, wie man hier annimmt, voraussichtlich ein oder zwei Tage dauern.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ unterstreicht, daß die Einladung des Foreign Office zur Teilnahme an der Konferenz an die deutsche, französische und italienische Regierung zugleich gerichtet wurde. Er wendet sich gegen die Auffassung, daß Macdonald eine Zusammenkunft nur mit Tardieu anregte, oder daß die britische Regierung eine Antwort auf das Memorandum Tardieus abgeschickt oder ausgearbeitet habe. Sollte aber Tardieu einen Tag vor der Biermächtekonferenz in London eintreffen, um über die Lausanner Konferenz zu sprechen, so würde die britische Regierung natürlich bereit sein, zu hören, was er zu sagen hat. In Deutschland kursierende Gerüchte über eine neue französisch-britische Reparationsvereinbarung nennt der Korrespondent völlig unbegründet. Es sei bekannt, daß die britische Regierung auch irgendeiner Art regionalen Organisation oder einer irgendwie gehaltenen Finanzkontrolle einer Großmacht über die Donauforderungen nicht zustimmen würde. Der Berliner Berichtshalter des „Observer“ weist auf die günstige Aufnahme der britischen Einladung in der deutschen Öffentlichkeit hin und betont die Bereitschaft der deutschen Regierung, mit England, Frankreich und Italien bei der Aufstellung jeder Wirtschaftsvereinbarung, die nicht politisch gegen Deutschland gerichtet ist und nicht die deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten von der österreichisch-ungarischen Grenze bis zum Schwarzen Meer behindern würde, zusammenzuarbeiten.

## Deutschland nimmt an der Londoner Biermächtekonferenz teil.

Berlin, 29. März.  
Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung im Prinzip ihre vorläufige Zustimmung zu der Einladung der englischen Regierung, an einer Biermächtekonferenz über die Donauprobleme teilzunehmen, gegeben.

Angeregenheiten am 23. März einen Bericht gelangt, der am 26. März hier eingetroffen ist und nur zusammenfassende Angaben zu dieser Angelegenheit enthält. Außer dieser ist keine neue Tatsache nach Empfang der Denkschrift von der Deutschen Botschaft eingetreten. Demzufolge sind alle angebotenen Einzelheiten, die in der Presse erschienen sind, bedauerlich und gehören ins Reich der Phantasie.

## Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen abgeschlossen.

Berlin, 28. März.  
Die in den letzten Wochen in Warschau gehaltenen Besprechungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind zum Abschluß gelangt. Das Ziel der Besprechungen, einer weiteren Verschärfung des Zollkrieges zwischen beiden Ländern vorzubeugen und die aus der letzten Zeit stammenden neuen Beschränkungen des Handels nach Möglichkeit zu beseitigen, ist erreicht worden. Im großen und ganzen sind die Einfuhrmöglichkeiten des Jahres 1931 beiderseits wiederhergestellt. Polnische Waren werden für diejenigen Waren, für die nach dem 31. Dezember 1931 neue Einfuhrverbote in Kraft getreten sind, Einfuhrkontingente gewährt, während deutscherseits die Anwendung des Obertarifs gegenüber Polen entsprechend eingeschränkt wird. Die polnische Regierung wird ihrerseits die Anwendung des Maximaltarifs gegenüber Deutschland auf diejenigen Waren beschränken, die bisher Kompensationsverboten unterworfen waren.

## Der Stand der deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Bukarest, 28. März.  
Der Minister der Rumänischen Angelegenheiten hat folgendes Kommuniqué herausgegeben: Verschiedene Zeitungen veröffentlichten heute eine Information und einen Kommentar über ein Handelsabkommen zwischen Rumänien und Deutschland, die der Begründung vollständig entbehren. Der Minister der Rumänischen Angelegenheiten stellt fest, daß am 13. März der deutsche Gesandte dem Minister Wila eine Denkschrift übergeben hat, in der mitgeteilt wurde, daß die deutsche Regierung bereit sei, die Präferenzklauseln des Handelsabkommens zwischen Deutschland und Rumänien provisorisch in Kraft zu setzen. Weiter wurde in der Denkschrift vorgeschlagen, zu diesem Zweck die Unterschriften in Berlin auszuwechseln. Nach diesem Schritt hat der rumänische Gesandte in Berlin, Loken, an den Minister der Rumänischen

## Das endgültige amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 29. März.  
Das endgültige amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 13. März 1932 liegt nunmehr vor. Danach betrug bei einer Wohnbevölkerung des Deutschen Reiches von insgesamt 62 410 619 Personen nach dem Stande vom 16. Juni 1925 die Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste 43 248 593, nach den abgegebenen Stimmzetteln 685 738, insgesamt 43 934 331. Von den Stimmberechtigten haben sich an der Wahl beteiligt 37 889 626 — 86,2 Proz. Davon waren 37 647 115 Stimmen gültig und 242 511 Stimmen ungültig. Von den gültigen Stimmen lauten auf Brüderberg 2 557 590 (6,8 Proz.), v. Hindenburg 18 650 730 (49,6 Proz.), Siller 11 339 285 (30,1 Proz.), Thälmann 4 983 197 (13,2 Proz.) und auf Winter 111 432 (0,3 Proz.) Gesamtstimmzahl waren insgesamt 4881 Stimmen.

## Zinsenkämpfung auf dem Kapitalmarkt.

Berlin, 26. März.  
Die Bedürfnisse des Verkehrs haben eine Ergänzung und Klarstellung der Bestimmungen über die Kapitalmarktsteuer in der Dritten Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 im Wege einer zweiten demnächst erscheinenden Durchführungs- und Ergänzungsverordnung in einigen Punkten erforderlich erscheinen lassen, von denen folgende hervorgehoben seien:

Zur Vermeidung von Weiterungen im Kreditverkehr ist vorgesehen, daß auf den Grundbesitz des Kreditnehmers zugunsten des Kreditgebers für die Sicherung eines bankmäßigen Personalkredits eingetragene Grundschulden den Kündigungsschutz der Rotverordnung nicht genießen sollen. Ferner wird der Kündigungsschutz auf solche fälligen Forderungen ausgedehnt, die vor dem 9. Dezember 1931 auf unbestimmte Zeit geschuldet worden sind.

Des weiteren wird bestimmt, daß die Pfandbriefinstitute, die auf Grund des Darlehensvertrages oder der Satzung eine Gebühr im Falle der Rückzahlung des Darlehens in Pfandbriefen verlangen können, zur Erhebung dieser Gebühr nicht berechtigt sind, soweit die Tilgung durch Pfandbriefeinnahme im Rahmen der Rotverordnung erfolgt. Auch soll dem Schuldner das in der Rotverordnung eingeräumte Recht, seine Schuld in Pfandbriefen zurückzahlen, auch dann gewahrt bleiben, wenn gleichartige Pfandbriefe im Markt nicht oder nur zu unangemessenen Bedingungen zu haben sind. In einem solchen Falle sollen die Aufsichtsbehörden der Pfandbriefinstitute berechtigt sein, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

## Pariser Reise Dr. Dormüllers.

Berlin, 29. März.  
Wie wir erfahren, hat sich der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Dormüller nach Paris begeben. Dort tritt Ende des Monats der Völkerverbundsausschuß zusammen, der mit dem Studium der Frage beauftragt ist, wie durch Vergebung öffentlicher Arbeiten die Arbeitslosigkeit der Welt gemindert werden kann. Dr. Dormüller ist Vorsitzender dieses Ausschusses.

## De Valeras Antwort an England.

London, 28. März.  
Nach einer Reuters-Meldung aus Dublin fanden dort gestern zur Erinnerung an den Kaufmann von 1916 Kundgebungen statt. Rein Mitglied der Regierung oder der Nationalen Armee nahm an ihnen teil. Im Verlaufe der Kundgebungen wurde von den Rednern betont, daß die republikanische Armee so lange als organisierte Streikmacht weiter bestehen werde, bis der Vertrag mit Großbritannien aufgehoben sei. Die Republikaner waren in großer Zahl zusammengetreten und zogen ungehindert durch die Straßen von Dublin. Sie zeigten ostentativ ihre Ärmel und die Regierung tat nichts, um sie daran zu hindern.

De Valera hat das Wesend in Dublin verbracht und die Antwort an die britische Regierung entworfen. Wie verlautet, wird er darin erklären, daß die irische Regierung den Treueid gegenüber dem König von England als eine rein inländische, sozusagen häusliche Angelegenheit ansehe, und daß seine Abklärung

R